

Antrag 62/I/2026**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Das Lieferkettengesetz als sozialdemokratischen Erfolg für gute Arbeit weltweit entschlossen und im Einklang mit dem Völkerrecht durchsetzen**

1 Insbesondere

2 **1. Völkerrecht einhalten - verbotene Rückschritte verhin-**
3 **dern**4 Wir fordern, Völkerrecht einzuhalten und den Anwen-
5 dungsbereich des Lieferkettengesetzes nicht weiter ein-
6 zuschränken.

7

8 **2. Aufsichtsbehörde BAFA stärken - Pflichten weiter**
9 **durchsetzen und Unabhängigkeit schaffen**10 Wir fordern eine Anweisung an das Bundesamt für Wirt-
11 schaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), das Lieferkettenge-
12 setz durch Ermittlung, Anweisungen und Verwaltungs-
13 zwang entschlossen durchzusetzen.14 Wir fordern eine Stärkung des BAFAs durch Schaffung von
15 echter Unabhängigkeit bei der Durchsetzung des Liefer-
16 kettengesetzes.

17

18 **3. Zivilrechtliche Haftung einführen, um Opferrechte zu**
19 **stärken und Europarecht einzuhalten**20 Wir fordern einen klaren zivilrechtlichen Haftungstatbe-
21 stand für Menschenrechtsverletzungen in den Lieferket-
22 ten deutscher Unternehmen.

23

24 **4. Unternehmen praxistauglich unterstützen**25 Wir fordern praxistaugliche Unterstützung der Unterneh-
26 men durch klare Handreichungen, staatliche und von der
27 EU zur Verfügung gestellte Daten und Tools und eine Stra-
28 tegie zur europaweiten Unterstützung von Risikosektoren
29 bei der Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes

30

31 **5. Das EU-Lieferkettengesetz als Chance für europäische**
32 **Entwicklungszusammenarbeit nutzen**33 Wir fordern eine strategische Verknüpfung der Umset-
34 zung des EU-Lieferkettengesetzes mit der europäischen
35 Entwicklungszusammenarbeit, um Unternehmen bei der
36 Umsetzung zu unterstützen und Entwicklungszusam-
37 menarbeit in der EU zu stärken

38

39

40 Im Einzelnen:

41

42 Erste Erfolge gegen Ausbeutung global und in Deutsch-
43 land zeigen, wie das von sozialdemokratischen Politi-
44 ker:innen in Deutschland und Europa hart erkämpfte Lie-
45 ferkettengesetz beginnt, für unser sozialdemokratisches
46 Kernversprechen, für gute Arbeit weltweit und interna-

tionale Solidarität, zu wirken (I.). Die Erfolge stehen aber durch beharrliche Deregulierungsbestrebungen in Frage, denen sich die Sozialdemokratie entschlossen entgegenstellen muss (II.).

I. Drei Jahre Lieferkettengesetz - es wirkt

Das Lieferkettengesetz schützt Arbeitsbedingungen für Menschen global und in Deutschland

Bei allem Gerede über Menschenrechtsschutz oder Umweltschutz als "lästige Bürokratie" geht das Wesentliche verloren: Es geht um Menschen, nicht um Berichte. Dass das nicht nur hehrer Anspruch, sondern faktische Realität ist, fasst das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im März 2026 zusammen. In "Drei Jahre Lieferkettengesetz – es wirkt" - zeigt das BMAS, wie das Lieferkettengesetz schon heute die Lebensbedingungen von Menschen konkret verbessert:

- In Vietnam durch die Zusammenarbeit deutscher Unternehmen mit ihren Zulieferern vor Ort Investitionen zur einer Senkung von Emissionen und damit zu einer verbesserten Umweltqualität für die Beschäftigten und Anwohner führten.
- In Pakistan profitierte die Belegschaft des Textilerstellers Kohinoor Mills Limited von der Einführung wirksamer Beschwerdemechanismen, die unter anderem die Einrichtung eines sicheren Transportdienstes für Arbeiterinnen sowie Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bewirkten.
- In Sierra Leone erhielten Frauen durch den *Customary Land Rights Act* erstmals rechtlich gesicherten Zugang zu Landbesitz und Erbrechten, was ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Stellung grundlegend stärkt.

Wie eine aktuelle Studie von Misereor und Germanwatch zeigt, ließe diese Liste sich ohne Weiteres fortsetzen: So konnten etwa Gewerkschaften in der Türkei und der Elfenbeinküste durch den Verweis auf das Gesetz erfolgreich die Koalitionsfreiheit und verbesserte Arbeitsbedingungen durchsetzen, während Beschwerden auf Bananenplantagen in Ecuador und Costa Rica zu Nachzahlungen sowie einem besseren Schutz vor giftigen Pestiziden für die Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort führten. Interessanterweise führt das Gesetz selbst in Deutschland zu Verbesserungen von Arbeitsbedingungen: so wurden im deutschen Transportsektor ausstehende Löhne für Lkw-Fahrer erstritten. Ebenfalls wurden Fälle bekannt, in denen US Gewerkschaften das Lieferkettengesetz nutzten, um gegen das weit verbreitete "Union busting" vorzuge-

100 hen und lokale Gewerkschaften zu gründen. Sogar aus
101 China wird von Fällen berichtet, in denen das Lieferketten-
102 gesetz als Hebel zur Einhaltung von Arbeitsrecht bei chi-
103 nesischen Lieferanten eingesetzt wird.

104

105 Bei vielen der Fälle war internationale Solidarität und Ko-
106 operation von Gewerkschaften und NGOs der Schlüssel
107 zum Erfolg: Gemeinsam wurden Ausbeutungsfälle auf-
108 gedeckt, als Beschwerden formuliert, zu den Unterneh-
109 mensbeschwerdemechanismen gebracht und bei Nicht-
110 Kooperation vor die Aufsichtsbehörde. Das hätte es ohne
111 das Lieferkettengesetz nicht gegeben: Dann wären Unter-
112 nehmen weder für Arbeitsstandards bei Lieferanten, noch
113 für globale Durchsetzung verantwortlich.

114

115 **Das Lieferkettengesetz setzt dem globalen race to the**
116 **bottom menschenwürdige Arbeitsbedingungen als Min-**
117 **deststandard entgegen**

118

119 Die Neuerungen sind zentral, um die Globalisierung so-
120 zial gerecht zu gestalten. In der Globalisierung gilt sonst
121 oft der Anreiz zum race to the bottom: Den Unterneh-
122 men sagt der Marktdruck - verlagere Produktion dahin wo
123 es auf Kosten von Mensch und Umwelt billig ist, source
124 zu Lieferanten aus, die das möglich machen. Den Staa-
125 ten sagt der Marktdruck: dereguliere und den Arbeitneh-
126 mer:innen: muck nicht auf, sondern sei zufrieden mit
127 deinem Niedriglohn, sonst geht die Firma woanders hin.
128 Dem allen setzt das Lieferkettengesetz entgegen: es gibt
129 Mindeststandards, die auf menschenwürdigen Arbeitsbe-
130 dingungen beruhen und die weltweit gelten. Das verän-
131 dert die Gleichung - denn wer einseitig auf billige Pro-
132 duktion zu Lasten von Mensch und Umwelt setzt, wird
133 weniger attraktiv als Zulieferer und Produktionsstandort
134 für verpflichtete Unternehmen. So schützt das Lieferket-
135 tengesetz Arbeitsstandards weltweit, aber auch hier in
136 Deutschland, vor unfairem Wettbewerb durch Sozialdum-
137 ping.

138

139 In Zukunft dürfte die Dynamik noch zunehmen, denn
140 NGOs und Gewerkschaften weltweit lernen ihre Rechte
141 immer besser kennen und nutzen. Deutschland, die So-
142 zialdemokratie und deutsche Gewerkschaften unterstüt-
143 zen proaktiv: Ein neues gewerkschaftliches Kompetenz-
144 zentrum für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Ber-
145 lin unterstützt ab jetzt weltweit Gewerkschaften, das Lie-
146 ferkettengesetz für gute Arbeit weltweit zu nutzen. Und
147 Deutschland bleibt nicht alleine, nicht nur weil ab 2029
148 das EU-Lieferkettengesetz von Unternehmen umzuset-
149 zen ist: Thailand erarbeitet ein umfassendes Sorgfalts-
150 pflichtengesetz, Südkorea und Indonesien haben entspre-
151 chende Entwürfe in ihre Parlamente eingebracht, und Tai-
152 wan plant ab 2026 verpflichtende Risikoanalysen und Be-

153 schwerdemechanismen. Die Schweiz hat einen Gesetzes-
154 entwurf für 2026 angekündigt. Auch in anderen Ländern
155 wie Kolumbien, Brasilien, Großbritannien und Australien
156 gibt es ernsthafte Debatten bzw. Entwürfe für entspre-
157 chende Gesetze.

158

159 **II. Unsere Kernforderung: Das Lieferkettengesetz muss**
160 **weiter entschlossen umgesetzt werden, um gute Arbeit**
161 **in Deutschland und weltweit zu schützen**

162

163 Die Hetze seitens neoliberaler Wirtschaftsvertreter ge-
164 gen das Lieferkettengesetz reißt auch nach vielen Jahren
165 nicht ab. Das überrascht nicht, denn das Lieferkettenge-
166 setz setzt dem neoliberalen Traum des weltweiten Regu-
167 lierungsabbau zulasten von Mensch und Umwelt starke
168 Standards entgegen. Zuzugestehen ist einigen Kritikern
169 aber, dass das Gesetz oft zu bürokratisch umgesetzt wird.
170 Die Sozialdemokratie muss die richtige Balance finden -
171 sie muss stark bleiben für Schutz von Mensch und Umwelt
172 und sich überzogenen Deregulierungsforderungen entge-
173 gensetzen; aber sie muss auch berechtigte Bedenken auf-
174 greifen und pragmatische, aber wirkungsorientierte Um-
175 setzung fördern:

176

177 **1. Völkerrecht einhalten - verbotene Rückschritte verhin-**
178 **dern**

179 Wir fordern, Völkerrecht einzuhalten und den Anwen-
180 dungsbereich des Lieferkettengesetzes nicht weiter ein-
181 zuschränken.

182

183 Im Kontext der Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes
184 wird gefordert, die Schwellwerte des Lieferkettengeset-
185 zes anzuheben: Nicht schon bei 1.000 Mitarbeitern, wie
186 derzeit, sollen die Pflichten greifen, sondern erst ab
187 5.000 Mitarbeitern und einer Umsatzschwelle. Das senkt
188 Schutzstandards in ungerechtfertigter Weise. Die Unter-
189 nehmen ab 1.000 Mitarbeitern sind die Pflichten schon
190 seit 2 Jahren gewöhnt, die "Belastung" ist also überschau-
191 bar. Die Arbeitnehmer in den Lieferketten von kleineren
192 Unternehmen sind nicht weniger schutzwürdig als in de-
193 nen großer Unternehmen - und dennoch würden ihnen
194 die Schutzmechanismen verwehrt. Eine Absenkung wür-
195 de daher gegen das völkerrechtliche Rückschrittsverbot
196 verstoßen, wie auch verschiedene aktuelle Rechtsgutach-
197 ten belegen.

198

199 **2. Aufsichtsbehörde BAFA stärken - Pflichten weiter**
200 **durchsetzen und Unabhängigkeit schaffen**

201 Wir fordern eine Anweisung an das BAFA, das Lieferket-
202 tengesetz durch Ermittlung, Anweisungen und Verwal-
203 tungszwang entschlossen durchzusetzen.

204

205 Dem BAFA als Aufsichtsbehörde für das Lieferkettenge-

206 setz wurde nach einem schmerzhaften Kompromiss in der
207 Koalition ein Maulkorb angelegt: Bußgelder dürfen nur in
208 schwerwiegenden Fällen verhängt werden. Kompromisse
209 sind Kern verantwortungsvoller Regierungsarbeit und da-
210 her einzuhalten. Allerdings sagt der Kompromiss nichts zu
211 den anderen Instrumenten des BAFAs zur Kontrolle des
212 Gesetzes: Ermittlungen, Anweisungen zur Verbesserung
213 und Zwangsgelder bleiben weiterhin möglich. Diese In-
214 strumente müssen genutzt werden, auch aus rechtsstaat-
215 lichen Gründen: Wo Recht gilt, muss es auch durchgesetzt
216 werden.

217

218 Wir fordern eine Stärkung des BAFAs durch Schaffung von
219 echter Unabhängigkeit bei der Durchsetzung des Liefer-
220 kettengesetzes.

221

222 Außerdem muss das BAFA gestärkt werden: Art. 24 des
223 EU-Lieferkettengesetz sieht eine unabhängige Aufsichts-
224 behörde vor. Der aktuelle Maulkorb, beruhend auf vor
225 dem Hintergrund der Unabhängigkeit problematischen
226 Rechts- und Fachaufsicht von BMAS und Wirtschafts-
227 nisterium, zeigen, dass das für das BAFA nicht gegeben ist.

228

229 **3. Zivilrechtliche Haftung einführen, um Opferrechte zu** 230 **stärken und Europarecht einzuhalten**

231 Wir fordern einen klaren zivilrechtlichen Haftungstatbe-
232 stand für Menschenrechtsverletzungen in den Lieferket-
233 ten deutscher Unternehmen, der als Eingriffsnorm formu-
234 liert ist.

235

236 Nach langem Ringen wurde aus dem EU-
237 Lieferkettengesetz die explizite Pflicht, einen von
238 EU-Lieferkettengesetz auskonturierten Tatbestand
239 für zivilrechtliche Haftung europaweit einheitlich um-
240 zusetzen gestrichen. Was aber bestehen bleibt, wie die
241 Gesetzesbegründung zurecht betont: Die Pflicht, effekti-
242 ven Rechtsschutz für Rechteinhabende zu gewährleisten.
243 Das EU-Lieferkettengesetz schafft Rechte für Menschen
244 weltweit. Diese müssen sie auch durchsetzen können.
245 Das erfordert einen klaren Rechtsweg und einen klaren
246 Haftungstatbestand, der als Eingriffsnorm ausgestaltet
247 ist damit die Anwendung auch in ausländischen Fällen
248 sichergestellt wird. Derzeit ist die Haftungslage unklar,
249 was Rechtssicherheit verhindert und dadurch Opfern
250 und Unternehmen schadet. Die SPD muss sich dafür
251 einsetzen, Europarecht effektiv umzusetzen und Opfer
252 von Menschenrechten zu stärken.

253

254 **4. Unternehmen praxistauglich unterstützen**

255 Wir fordern praxistaugliche Unterstützung der Unterneh-
256 men durch klare Handreichungen, staatliche und von der
257 EU zur Verfügung gestellte Daten und Tools und eine Stra-
258 tegie zur europaweiten Unterstützung von Risikosektoren

259 bei der Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes
260 Das Lieferkettengesetz verlangt von Unternehmen kei-
261 ne perfekten, risikofreien Lieferketten, sondern wegen
262 der Lieferkettengesetz verankerten Grundsätze der Bemü-
263 henspflcht und der Priorisierung nur eine kontinuierliche
264 Verbesserung. Dennoch ist das Gesetz für Unternehmen
265 komplex und manchmal überfordernd. Der Staat sollte ak-
266 tiver unterstützen. Hierfür bestehen schon gute Ansät-
267 ze, aber es braucht mehr: Es braucht staatlich benutzer-
268 freundlich zur Verfügung gestellte Daten, etwa zu rele-
269 vanten Gesetzen und existenzsichernden Löhnen welt-
270 weit. Es braucht klare Guidance, die konkrete Unterneh-
271 mensprozesse beschreibt, vor allem zur Priorisierung von
272 Risiken, sowie Tools.

273

274 **5. Das EU-Lieferkettengesetz als Chance für europäische** 275 **Entwicklungszusammenarbeit nutzen**

276 Wir fordern eine strategische Verknüpfung der Umset-
277 zung des EU-Lieferkettengesetzes mit der europäischen
278 Entwicklungszusammenarbeit, um Unternehmen bei der
279 Umsetzung zu unterstützen und Entwicklungszusam-
280 menarbeit in der EU zu stärken

281 Das EU-Lieferkettengesetz bietet die historische Chan-
282 ce, die enorme Marktmacht Europas gezielt als Hebel
283 für nachhaltige Entwicklung zu nutzen und die Lücken
284 schrumpfender staatlicher Entwicklungsbudgets durch
285 privates Engagement zumindest teilweise zu schließen.
286 Die vom EU-Lieferkettengesetz geschützten Menschen-
287 rechte und Umweltaspekte decken sich weitgehend mit
288 den UN Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs). Das
289 heißt, dass Unternehmen durch die gesetzlich geforder-
290 ten Präventionsmaßnahmen die SDGs stärken können.
291 Um dieses Potenzial gezielt auszuschöpfen, müssen staat-
292 liche Akteure ihre Expertise einbringen und Unternehmen
293 leiten. Dazu sollten EU-weit Hochrisikosektoren definiert
294 werden und Unternehmen durch sektorale Leitfäden zu
295 typischen Risiken und Maßnahmen sowie flankierende
296 Förderprogramme unterstützt werden. Wenn die geball-
297 te Macht des EU-Markts in die Gleiche Richtung zieht, ist
298 effektive Transformation möglich.